
Die Wachstumskontroverse vor vierzig Jahren und heute¹

Günther Chaloupek, Georg Feigl

1. Einleitung

Noch bevor die Weltwirtschaftskrise in Europa absehbar war, beauftragte der ehemalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy eine hochrangige Expertenkommission rund um die Wirtschaftswissenschaftler Stiglitz, Sen und Fitoussi, Vorschläge für relevante Indikatoren gesellschaftlichen Fortschritts zu entwickeln. Es sei immer offensichtlicher, dass Zufriedenheit und Lebensqualität der Bürger bzw. ökonomischer und sozialer Fortschritt nicht mehr mit dem Wirtschaftswachstum gleichzusetzen sind.² Damit kam wieder weltweit eine Debatte in Gang, die – nach der Ausarbeitung internationaler Grundsätze für das heutige System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen mit dem Leitindikator Bruttoinlands-, -sozial- oder -nationalprodukt – mit der sogenannten Wachstumskontroverse in der ersten Hälfte der 70er-Jahre schon einmal eine Intensivphase erreicht hatte.

In diesem Beitrag wollen wir diese historischen Wurzeln herausarbeiten. Wir wollen damit nicht nur die damalige Debatte in Erinnerung rufen und für die heutige Auseinandersetzung fruchtbar machen, sondern auch zwei persönliche Perspektiven zusammenführen: Zum einen jene des Ökonomen, der vier Jahrzehnte später auf eine der ersten großen ökonomischen Debatten zurückblickt, an denen er selbst beteiligt war.³ Zum anderen jene eines noch am Beginn seiner Karriere stehenden Ökonomen, der aus der aktuellen Debatte Hoffnung auf eine stärkere Orientierung an gesellschaftlich relevanten Fragestellungen sowie eine Beschränkung des BIP-Indikators als ein Mittel zum Zweck statt Selbstzweck schöpft.

Leitende These dieses Artikels ist die Charakterisierung der Wachstumskontroverse als Überbegriff für zumindest zwei Themenbereiche. Der erste fokussiert auf die ökologischen Folgen des Wirtschaftens. Im Mittelpunkt steht dabei, dass Produktion von Gütern und Dienstleistungen auch unerwünschte Nebenwirkungen auf die natürliche Umwelt hat, in weiterer Folge die Frage, wann materielles Wachstum an seine natürlichen Grenzen in Form von Verbrauch nichtregenerativer Rohstoffe stößt oder unwiderrufliche schwere Umweltschäden mit Beeinträchtigungen für Mensch und Wirtschaft hervorruft.

Im zweiten Themenbereich geht es um Wohlfahrt, gesellschaftlichen Fortschritt, Wohlbefinden oder kollektive Lebensqualität. Eng daran geknüpft sind die Fragen, wie dies zu messen ist bzw. welche statistischen Kennzahlen als Wohlfahrtsindikatoren geeignet sind und was zu tun ist, um diese zu verbessern.

In diesem Beitrag untersuchen wir zunächst, wie die ökologische Frage vor vierzig Jahren diskutiert wurde und welche theoretischen Ansätze bereits zuvor in der Ökonomie zu finden waren. Der zweite Abschnitt zeichnet die Vorläufer der heutigen Wohlfahrtsindikatoren-Debatte nach. Danach widmen wir uns den Fragen, was nach dem Abflauen der Wachstumskontroverse Mitte der 70er-Jahre geblieben ist, warum sich die großen Erwartungen von vor vierzig Jahren nicht erfüllten und welche Parallelen die heutige Debatte aufweist. Abschließend formulieren wir vorläufige zusammenfassende Thesen.

2. Ökologie und Ökonomie

2.1 Die Entstehung der Umweltökonomie

Die Ökologie als Wissenschaft von den Wechselwirkungen zwischen Lebewesen und dem sie umgebenden Teil der Welt etablierte sich im 19. Jahrhundert als Teildisziplin der Biologie. Ähnlich wie in der Ökonomie ist in der Ökologie das Konzept des „Gleichgewichts“ von zentraler Bedeutung. Jedes Lebewesen entfaltet sich in einem mehr oder weniger komplexen Ökosystem, das sich dann beständig reproduzieren kann, wenn es sich in einem Zustand des Gleichgewichts befindet. Dass die industrielle Zivilisation die Ökosysteme beeinflusst, hat eine Abnahme der Fähigkeit zur Selbstregulierung und damit eine größere Instabilität der Systeme zur Folge. Auf die Auswirkungen dieser zunehmenden Störungen des Gleichgewichts hat die Biologie schon sehr früh hingewiesen. Vereinzelte Umweltkatastrophen wie jene in London 1873, im Maastal 1930, in Manchester 1931 und in London 1952 machten deutlich, dass die Störung des ökologischen Gleichgewichts auch andere, für den Menschen gefährlichere Auswirkungen haben kann als das Aussterben bestimmter Tierarten und Veränderungen im Bereich der Mikroorganismen.

Vereinzelt haben sich auch Ökonomen schon lange vor dem Durchbruch des Ökologieproblems ins allgemeine Bewusstsein in den 70er-Jahren mit dem Zusammenhang zwischen Wirtschaft und biologisch-physikalischer Umwelt beschäftigt, allerdings fernab vom Hauptstrom der theoretischen und empirischen Forschungstätigkeit im Bereich dieser Disziplin. Beiträge zur ökonomischen Seite der Umweltproblematik fanden lange Zeit, wenn überhaupt, nur eine sehr geringe Resonanz.

Der Wirtschaftskreislauf als eines der grundlegenden Denkkonzepte der Nationalökonomie bildet ein geschlossenes System, im Rahmen dessen die über „Ressourcen“ verfügenden Haushalte diese den Unternehmungen im Austausch gegen Konsumgüter und Verfügungsrechte an Produktionsmitteln zur Benutzung überlassen. Auf die Frage, wie und an welcher Stelle in diesem System die Umwelt berücksichtigt ist, gibt es eine einfache Antwort: „Sie wird völlig vernachlässigt.“⁴

Die Wirtschaft produziert „Güter“ – also erwünschte Dinge, und sie tut dies dann in optimaler Weise, wenn jeder Produzent und Konsument für sich seinen Eigennutzen verfolgt. Dass nicht nur Güter, sondern als Nebenprodukte auch Abfälle, nicht nur „goods“, sondern auch „bads“, erzeugt werden, war gewissermaßen eine Trivialität, die keine weitere Aufmerksamkeit erforderte.

Der erste, der das Problem in der schulmäßigen Nationalökonomie explizit stellte und mit ihren Methoden behandelte, war Arthur C. Pigou. In seinen „Economics of Welfare“ (erstmals erschienen 1920) untersuchte Pigou systematisch die Ursachen für Differenzen zwischen den marginalen privaten und dem marginalen volkswirtschaftlichen „*net product*“ und nannte das Auftreten von Umweltschäden als einen jener Fälle, in denen das private Nettoprodukt größer ist als das soziale Nettoprodukt.⁵ Pigou fasste sogar theoretisch eine monetäre Bewertung der sozialen Verluste ins Auge, die vom Sozialprodukt in Abzug zu bringen seien. Er unternahm jedoch keinen Versuch, die Bedeutung der sozialen Verluste in der Realität abzuschätzen.

Die erste Studie dieser Art ist das Buch „The Social Costs of Private Enterprise“ von K. William Kapp, erschienen 1950 in den USA. Kapp war der erste Nationalökonom, der systematisch den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und natürlicher Umwelt untersuchte. Anhand von Literatur aus verschiedenen Bereichen der Naturwissenschaften bemühte er sich aufzuzeigen, dass die volkswirtschaftlichen Kosten durch Luftverunreinigung, durch Gewässerverschmutzung, durch Plünderung und Vernichtung der Flora und durch Bodenerosion und Abholzung bedeutende Ausmaße erreicht hätte und ihre zumindest implizierte Vernachlässigung durch die staatlichen Autoritäten nicht nur nicht zu rechtfertigen, sondern langfristig höchst gefährlich sei. Ein längerer Abschnitt ist dem Problem der vorzeitigen Erschöpfung von Energiequellen gewidmet.

Edgar Salin nannte in seiner Einleitung zur 1958 erschienenen deutschen Ausgabe von Kapps Buch dieses „ein Paradebeispiel dafür ..., wie die Wissenschaft ganz allgemein ein Problem erst dann in den Mittelpunkt rückt, wenn die theoretische und die praktische Bedeutung evident sind“.⁶ Tatsächlich war jedoch dieses Urteil etwas vorschnell. Kapp blieb lange Zeit in seiner Wissenschaft ein bestenfalls von Kennern geachteter Außenseiter.

2.2 Umweltökonomie

Nahezu bis zum Ende der 60er-Jahre beschäftigte sich die Nationalökonomie kaum mit den von Kapp behandelten Themen. Den Anstoß zu einer erneuerten Umweltdiskussion in der Nationalökonomie gab Ezra J. Mishans 1968 erschienenes Buch „The Costs of Economic Growth“. In den Kategorien der allgemeinen Gleichgewichtstheorie argumentierend, kritisiert Mishan die pauschale Geringschätzung der externen Effekte durch die Ökonomen:

„All professional economists are, of course, aware of the role played by external diseconomies in the system, though, alas, all too many of them tend to look at such effects merely as one of the chief obstacles to facile theorizing – as the sort of possibility that detracts from the optimal properties of the popular theoretical construct, a perfectly competitive economy – rather than as an existing social menace.“⁷

Im Zentrum von Mishans fundamentaler Kritik steht bereits das Wirtschaftswachstum als Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung. In dieser Hinsicht geht Mishan über Pigou und Kapps Kritik hinaus. Negative externe Effekte, die eine Divergenz zwischen privatwirtschaftlichem und volkswirtschaftlichem Ertrag zur Folge haben, wurden von ihnen als Hindernis für die gesellschaftlich optimale Allokation der Ressourcen gesehen, wobei Kapp in seiner daraus abgeleiteten Kritik am Wirtschaftssystem viel weiter ging als Pigou. „Fortschrittsskepsis“ im Sinne von Mishans Wachstumspolemik findet sich bei Kapp und erst recht bei Pigou höchstens in implizierter Form, da zu der Zeit, als sie schrieben, „das Wirtschaftswachstum“ als zentrale wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption noch nicht existierte.

Die umweltökonomische Literatur der frühen 70er-Jahre zeigte die vielfältigen Aspekte der Problematik auf. Eine adäquate Behandlung negativer externer Effekte könne nicht in deren absoluter Vermeidung bestehen.

„What the economist regards as rational to seek is not total or maximum cleansing of the environment – prohibitions tend to be prohibitively expensive – but an optimum arising out of a careful matching of the ‚bads‘ that we overcome, and the ‚goods‘ that we forego in the process.“⁸

Für jede dabei zur Anwendung kommende Methode ist es von zentraler Bedeutung „to throw light on environmental benefits and costs that important real external effects are involved with no counterpart money flow“.⁹ Die Problemlage wird darüber hinaus durch unterschiedliche Zeitperspektiven verkompliziert, „when the benefits are short run and calculable while costs are long run and incalculable“.¹⁰

Als Konsequenz ergab sich die Aufgabe, die negativen Effekte in die individuellen Kalküle von Unternehmungen und Konsumenten eingehen zu lassen, sowie auch im gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesen adäquat zu berücksichtigen. So weit wie möglich sollte das Verursacherprinzip zur

Anwendung kommen, d. h. die Kosten der Vermeidung negativer Externalitäten im Preis der betreffenden Güter enthalten sein. Dabei sollten auch die Vermeidungskosten minimiert werden, d. h. Investitionskosten und andere Aktivitäten zur Vermeidung von Umweltverschmutzung sollten prioritär in jenen Unternehmungen vorgenommen werden, wo der größte Vermeidungseffekt erzielt werden konnte. Dieser Optimierung dient die Versteigerung von Verschmutzungsrechten als marktwirtschaftliches Instrument der Umweltpolitik, die allerdings nicht leicht mit dem Alltagsverständnis breiter Bevölkerungsschichten vereinbar waren und sind. Auch sind solche marktwirtschaftlichen Instrumente der Umweltpolitik aufgrund ihres hohen Informationsbedarfs oft administrativ zu aufwändig oder/und zu unsicher. Stattdessen muss mit behördlichen Auflagen gearbeitet werden, die das zulässige Ausmaß der Verschmutzung festlegen, das meist schrittweise herabgesetzt wurde. Ein prominentes Beispiel in Österreich dafür ist die Papierindustrie, der durch Auflagen eine schrittweise Reduktion des Verschmutzungsgrades ihrer Abwässer vorgeschrieben wurde. Die Zielerreichung wurde durch staatliche Zuschüsse erleichtert.

Die Umweltökonomie etablierte sich als Spezialfach der ökonomischen Wissenschaft,¹¹ ihre analytischen Werkzeuge wurden zur Grundlage der Umweltpolitik, mit der am Beginn der 70er-Jahre ein neuer Bereich der Wirtschaftspolitik entstand.¹²

2.3 „Die Grenzen des Wachstums“ – Wirtschaft ohne Wachstum

2.3.1 Der Ansatz der *systems dynamics* und die Reaktion der Ökonomen

Die „Umwelt“ als Gesamtheit aller für den Menschen relevanten Ökosysteme erhält in den Weltmodellen eine hervorragende Stelle zugewiesen: Sie ist es nämlich, welche die letztlich unübersteigbare Barriere – die Grenzen des Wachstums – bildet, an die die expandierende Industriegesellschaft nach Auffassung von Forrester, Meadows u. a. eben im Begriff ist anzustoßen. Das Weltmodell der vom Club of Rome beauftragten Studie „Die Grenzen des Wachstums“¹³ untersuchte die Entwicklung des Gesamtsystems unter der Annahme eines fortgesetzten exponentiellen Wachstums der von fünf Hauptvariablen (Industrieproduktion, Bevölkerung, Verbrauch an Rohstoffen, Nahrungsmittelproduktion, Umwelt = menschlicher Lebensraum) im globalen Kontext bis zum Jahr 2100. Im Standardlauf des Weltmodells, d. h. auch bei Wirksamwerden von Rückkoppelungsschleifen, war die Schlussfolgerung der Autoren: „Das Grundverhalten des Weltsystems ist das exponentielle Wachstum von Bevölkerungszahl und Kapital bis hin zum Zusammenbruch“,¹⁴ der irgendwann in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts eintritt.¹⁵ Einen vergleichsweise

geringen Stellenwert in der Argumentation für die Grenzen des Wachstums hatte die Klimaerwärmung durch den CO₂-Ausstoß. Es war der Ökonom Robert L. Heilbroner, der in seiner Schrift „An Inquiry into the Human Prospect“ in diesem Umweltfaktor die ultimative Wachstumsgrenze sah.¹⁶ Als Voraussetzung für eine Stabilisierung des Systems bei einem „ansehnlichen Lebensstandard“ nennt der Bericht an den Club of Rome neben einem Stopp des Bevölkerungswachstums und einer radikalen Reduktion der Umweltverschmutzung ein Konstanthalten der Industrieproduktion schon nach der Wende zum 21. Jahrhundert.¹⁷

Die grundlegende Kritik der Ökonomen am Ansatz der *systems dynamics* richtete sich gegen die dieser Methode inhärente Dominanz von mechanischen Interdependenzen materiell-stofflicher Größen, während die Reaktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems auf Knappheiten systematisch unterschätzt werde. Der „grundlegende Fehler der Modelle von Forrester und Meadows“ bestehe darin, dass sie der Auswirkung von Knappheit auf Preise und Verbrauch zu wenig Aufmerksamkeit zollten.¹⁸ Stark kritisiert wurde das zu hohe Aggregationsniveau des Modells in regionaler, sektoraler und sozialer Hinsicht. Diesem Einwand versuchte der Bericht Global 2000, eine vom US-Präsidenten Carter in Auftrag gegebene Folgestudie, durch stärkere Differenzierungen Rechnung zu tragen.

2.3.2 „Nullwachstum“ und seine Konsequenzen

In der ökonomischen Theorie ist der Gedanke, dass sich das Wachstum von Industrieproduktion und Nationalprodukt nicht *ad infinitum* fortsetzen wird oder kann, nicht neu. „Nullwachstum“ – wie der neue Begriff lautete – ist *prima facie* nur ein anderer Ausdruck für den „stationary state“, der schon für John Stuart Mill und Keynes das Endstadium der langfristigen Entwicklung der Industriegesellschaft bildete, sobald diese ihren Sättigungspunkt erreichen würde. Im Kontrast zu dieser Vorstellung ist jedoch das „Nullwachstum“ in dem Sinn, wie es seit Anfang der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts von einzelnen Wissenschaftlern und politischen Gruppierungen immer wieder gefordert wird, keineswegs der spontan eintretende Ausdruck der wirtschaftlichen Sättigung, sondern bedeutet aktive Durchbrechung der wirtschaftlichen Expansionstendenz durch Einführung von Beschränkungen, sei es durch prohibitive Umweltauflagen für die Produktion, durch immer höhere Kosten zur Vermeidung von Umweltschäden oder durch die nicht näher spezifizierten Maßnahmen zur Erfüllung der Bedingungen, die in der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ als Erfordernisse für eine Stabilisierung auf dem erreichten hohen Niveau genannt werden.

In der Literatur der frühen 70er-Jahre wurden die Möglichkeiten einer Wachstumsbremsung überwiegend pessimistisch beurteilt. Mit dem Auf-

hören bzw. mit einem deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums würden sich vor allem die Verteilungskonflikte verschärfen. *„In the progressive state, conflicts can be resolved fairly easily by progress itself. The poor can get richer without the rich getting poorer.“*¹⁹ Konkreter Myrdal:

*„[I]n national communities with a competitive market economy, every single group is bent upon, and organized for continual pressure for getting their incomes and their levels of living raised, with little or no visible intention of changing the direction of their consumption demands.“*²⁰

In dieser Literatur findet sich – allerdings nur selten – auch die Ansicht, dass Nullwachstum dazu beitragen kann, die soziale Ungleichheit zu reduzieren. Ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum *„entails so much environmental loss in the form of ever greater consumption of ever scarcer resources on part of those in the most favored economic positions“*. Die Reichen hätten bei geringerem Wachstum weniger Möglichkeiten, den ärmeren Bevölkerungsschichten Ressourcen zu entziehen. Mit dem Wachstum sinkt auch die Kapitalbildung, daher *„greater equality of wealth has a result of fewer opportunities for rapid advance in position or income as a consequence of stock market or real exchange speculation, or of association with a rapidly growing industry or production process.“*²¹ Die gegenteilige These formulierte Boulding:

*„[I]f the rich are to get richer, they can do so only by increasing their exploitation of the poor, and since the rich may be most powerful, they may have strong incentives to do this. Thus, the banished specter of exploitation, which progress made obsolete, is reintroduced into the world ... A Hobbesian nightmare of retrogression in the war of all against all.“*²²

Angesichts der politisch und sozial wenig erfreulichen Verteilungsaspekte des Nullwachstums suchten pragmatisch orientierte Ökonomen wie Walter Heller, der Wirtschaftsberater der demokratischen US-Präsidenten Kennedy und Johnson, den Ausweg darin, das Wirtschaftswachstum künftig für die Anforderungen der Umwelt zu adaptieren. *„Much if not most of the environmental damage associated with growth is a function of the way we grow – of the nature of our technology and the forms of production.“* Wachstum sei auch in Zukunft unentbehrlich, denn *„change, innovation and risk thrive in an atmosphere of growth. It fosters social mobility that no stationary state can provide.“*

*„To provide social and financial lubrication for this painful process as well as to repair the ravages of past neglect of the environment requires the resources, revenues and rising incomes that growth can put at our disposal.“*²³

Im ersten Jahrgang (1975) von „Wirtschaft und Gesellschaft“ wurde, ausgelöst durch einen Artikel von Herbert Ostleitner mit dem Titel „Wachstum und gesellschaftliche Stabilität“, eine intensive Diskussion über Möglichkeit und Konsequenzen eines Nullwachstums geführt, die vom Verteilungsaspekt dominiert wurde. Wenn Ostleitner argumentiert hatte, dass

„kein Staat im Kapitalismus ein Nullwachstum des ökonomischen Systems politisch durchsetzen [könnte]“²⁴, so ging es im Beitrag Egon Matzners um die modifizierte Fragestellung, „die bei Wachstumsreduzierung und Investitionseinschränkung gegebenen Möglichkeiten für eine kompensatorische Intervention des öffentlichen Sektors“ aufzuzeigen.²⁵ Die Konsequenzen für die Beschäftigung wurden in dieser Debatte nur am Rande erwähnt – in Österreich herrschte 1974 und auch in der Rezession 1975 immer noch Vollbeschäftigung. Das wirtschaftspolitische Denken blieb noch für einige Jahre von der Vollbeschäftigung der Prosperitätsperiode geprägt. Erst mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre kam es hier zu einem Umdenken.

3. Die Kritik an der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)

Den ersten Versuch, die Wirtschaftsleistung und damit den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu messen, unternahm der englische Merkantilist William Petty mit seiner „Political Arithmetick“ bereits am Ende des 17. Jahrhunderts. Aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es allgemeine Praxis, diese Wirtschaftsleistung in Form des „Bruttonationalprodukts“ (BNP) und später „Bruttoinlandsprodukts“ (BIP) laufend zu messen und deren Zuwachs zu bestimmen bzw. die Wachstumsraten der einzelnen Länder miteinander zu vergleichen.

Dabei nahm das BNP im der wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsystem nicht von vornherein eine zentrale Stellung ein, noch war eine solche von den Schöpfern dieses Konzepts intendiert gewesen. Diesen war bewusst, dass die im BNP erfassten Güter und Dienstleistungen im Wesentlichen eine Aggregation ihrer Marktwerte darstellt, die nach den Erkenntnissen der *welfare economics* nicht ohne Weiteres als soziales Optimum interpretiert werden konnte, da ja die Einkommensverteilung für die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt keineswegs vernachlässigt werden darf. Zudem wird das menschliche Wohlbefinden nicht nur durch Marktproduktion erhöht, sondern auch durch unbezahlte Arbeit bzw. Nichtmarktproduktion sowie von einer Reihe anderer Faktoren.²⁶

All das spricht dafür, dass ein Wachstum des BNP nicht automatisch zu gesellschaftlichem Fortschritt führe, sondern mehrere Themenfelder ins Blickfeld zu nehmen sind.

Wie die Aufwendungen zur Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen sich in der VGR niederschlagen, sowie der Umstand, dass Umweltverschlechterungen zu Mehrausgaben führen können, welche das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhen, waren – neben den sozialen Aspekten – Gründe für die in den 70er-Jahren intensiv geführte Diskussion der Eig-

nung des BIP als Wohlstandsindikator. „*Defensive expenditures by industry are already appropriately treated ... since they never appear in real GDP*“.²⁷ Bei entsprechender Verbuchungskonvention trifft dies auch auf Aufwendungen der privaten Haushalte zu. Anders verhält es sich bei den Entsorgungsausgaben der privaten Haushalte, die dem privaten Konsum und damit dem End- und nicht dem Intermediärverbrauch zugerechnet werden, und auch bei Ausgaben des öffentlichen Sektors, wenn diese öffentliche Investitionen oder öffentlicher Konsum sind, z. B. zur Gewässer-sanierung oder bestimmte Entsorgungsausgaben. Präziser ausgedrückt geht es um die Wachstumsraten solcher Vermeidungsausgaben einerseits und des BIP andererseits.²⁸

Im Fall der Vermeidungsausgaben hat man wenigstens die tatsächlichen Kosten als Bewertungsansatz, der für eine Adaption des BIP herangezogen werden kann. Schwieriger ist der Fall derjenigen Umweltbeeinträchtigungen, die nicht oder nur teilweise vermieden werden. Einem Wohlfahrtsgewinn durch höhere Realeinkommen steht ein Wohlfahrtsverlust durch schlechtere Umweltqualität gegenüber.

*„When growing wealth results in a rising flow of undesired byproducts which deteriorate environmental assets and benefit flows at any fixed level of quality. ..., [If] the cost of maintaining quality is assumed to rise constantly, at some point the benefits of permitting a bit more deterioration must outweigh the costs, and an optimally ordered society would move in that direction.“*²⁹

Für diese Abwägung gibt es jedoch auf Seiten der Umweltqualität keinen objektiven Bewertungsmaßstab. Daran scheitert auch der Versuch einer Adaption des BIP für solche Effekte.

Ein weiteres Argument für die Problematisierung des BIP als Wohlfahrtsindikator ergibt sich aus dem Paradoxon, dass Dysfunktionen im BIP als positive Veränderungen registriert werden: „*If you are stuck in an traffic jam on the ground or in the air, GNP goes up: more fuel is consumed, all costs rise, etc.*“³⁰ Es gab also Gründe unterschiedlicher Art für die Vermutung, dass das nach den Konventionen der VGR gemessene Wachstum des BIP das Ausmaß der Steigerung der Wohlfahrt überzeichnete.

Die Verteidiger der VGR argumentierten, dass das BIP (oder BNP) ursprünglich nicht als Wohlfahrtsindikator gemeint war. Gesamtindikatoren, welche stärker auf wohlfahrtökonomische Kriterien bezogen waren, hätten sich zunehmend als unpraktikabel und/oder wenig relevant erwiesen, mit der Folge: „*the account came de facto to be largely a reflection of economic activity, regardless of the purposes to which the activity was directed.*“³¹ Dass die Konzeption des BIP immer mit normativen Wohlfahrtsimplikationen verbunden war, zeigen Formen der Kritik, die vor der in den 70er-Jahren voll einsetzenden Diskussion sporadisch auftauchten. Etwa in dem Einwand Gunnar Myrdals, dass das Aufaddieren produktiver Leis-

tungen zum Sozialprodukt streng genommen ein einheitliches Subjekt voraussetze;³² oder in der Kritik des Soziologen Hans Albert, dass das Sozialprodukt positiv auch alle diejenigen Leistungen enthält, die sich in ihrer Wirkung gegenseitig aufheben.³³

Eine radikale Konsequenz aus den Unzulänglichkeiten des BIP als Wohlstandsindikator zog Gunnar Myrdal, indem er postulierte:

„The concept of GNP and the whole structure of theoretical approaches built up with the GNP as a central axis, will have to be dethroned. And the process of price formation will, by policy interventions, have to be even further removed from being eventually concerned with aggregated individual preferences represented by supply and demand.“³⁴

Myrdal wies jedoch selbst gleich auf die Schwierigkeiten hin, die einem Abgehen vom Wachstumsdenken in VGR-Kategorien entgegenstanden:

„We should not hide from ourselves, however, that what I have called the psychology and ideology of unrestrained economic growth has meanwhile retained its hold over peoples' minds as powerfully as ever.“³⁵

Andere, weniger radikale Kritiker schlugen vor, das Nationalprodukt durch adaptierte ökonomische Indikatoren zu ersetzen, wie z. B. das von Nordhaus und Tobin entwickelte „Measure of Economic Welfare“.³⁶

3.1 Das „Measure of Economic Welfare“ (MEW) von Nordhaus und Tobin³⁷

Die Ausgangsüberlegung ist an die Prämisse geknüpft, dass das eigentliche Ziel wirtschaftlicher Aktivität Konsum und nicht Produktion ist. Das Bruttonationalprodukt sei deshalb wenig als Hauptindikator geeignet, da es als Maß der Produktion den Konsum nur am Rande abbilde. Als Resultat solle die Volkseinkommensrechnung angepasst werden, in dem ein Measure of Economic Welfare errechnet wird.

Folgende drei Hauptoperationen sind demnach am BNP durchzuführen:

- Neuklassifizierung des Endnachfragesektors im BNP: Private und öffentliche Ausgaben in BNP müssen daraufhin untersucht werden, ob sie intermediäre oder Endnachfrage befriedigen; einige als Endnachfrage klassifizierte Ausgaben werden der Zwischennachfrage zugezählt. Der Endsektor besteht nur aus Konsum und Nettoinvestitionen (besonders wichtig bei öffentlichen Ausgaben).
- Kapitalverzehrung (*capital consumption*): Dient der Produktion, ist daher Zwischenoutput. Aus diesem Grund ist das Nettonationalprodukt (NNP) ein besserer Wohlfahrtsindikator als das BNP. Auch im NNP werden jedoch alle dauerhaften Konsumgüter zur Endnachfrage gezählt, obwohl sie entweder dem Ersatz oder der Akkumulation dienen; dauerhafte Konsumgüter sollen daher wie Kapitalgüter behandelt werden.

Weiters werden Erziehungs- und Gesundheitsausgaben (öffentli-

che und private) als Investitionen betrachtet, die der Erhaltung der Arbeitskraft usw. dienen.

- Wachstumserfordernisse: Das Wohlfahrtsziel ist der Pro-Kopf-Konsum; dieser kann bei wachsender Bevölkerung nicht ohne Nettoinvestitionen aufrechterhalten werden. Der Kapitalstock muss gleich schnell wie die Bevölkerung und die Beschäftigten wachsen: Dieses *capital-widening* ist ein Kostenfaktor (wie der Kapitalverzehr), bringt also keinen direkten Nutzen und geht nicht in das MEW ein. (Laut Berechnungen beträgt dieses Wachstumserfordernis für die USA ca. 16% des BNP im Jahr 1965.)
- Instrumentale Ausgaben: Sind solche Konsum- und öffentlichen Ausgaben, die keinen direkten Nutzen stiften, sondern nur der Aufrechterhaltung eines bestehenden Zustandes dienen, z. B. Kosten der Reise zur Arbeit, Polizei, Landesverteidigung usw. Alle diese „*regrettable necessities*“ werden als intermediär gezählt; Schwierigkeiten bei Definition und Abgrenzung treten hier allerdings zwangsläufig. Im Ergebnis wären diese *regrettable necessities* zwischen 1929 und 1965 von 8% des BNP auf 16% gestiegen.
- Imputationen (Zurechnungen) für Kapitaldienste, Freizeit und unbezahlte Arbeit bzw. Leistungen, die außerhalb des Marktes erbracht werden. Nicht nur vom Eigentümer bewohnte Häuser und Wohnungen, auch dauerhafte Konsumgüter und öffentliche Investitionen produzieren Nutzen und direkten Konsum ohne Markttransaktion, daher müssen sie in das MEW eingehen.
- Unannehmlichkeiten (*disamenities*) der Urbanisierung: Viele der (negativen) Externalitäten des Wirtschaftswachstums hängen mit der Urbanisierung und Ballung (*congestion*) zusammen, sind jedoch nicht im BNP enthalten. Beispiel: Wenn man einen Teil der höheren Einkommen in den Städten (gegenüber dem Lande und kleineren Siedlungseinheiten) als Kompensation für die dort bestehenden Unannehmlichkeiten (Lärm, Verkehr, Gestank usw.) ansieht, darf der Einkommenszuwachs von Menschen, die in größere Ballungsräume ziehen, nicht voll dem NNP zugerechnet werden, da der Nutzenzuwachs geringer als der Einkommenszuwachs ist.

Nordhaus und Tobin berechneten, dass in den USA von 1929 bis 1965 das Pro-Kopf-NNP um 87,5% zugenommen hat (durchschnittliche Jahresrate = 1,7%), während das Pro-Kopf-MEW im gleichen Zeitraum nur um 41,8% (Jahresrate = 1,1%) stieg.

3.2 Alternative Wirtschafts-, Sozial- und Umweltindikatoren

Der zweite Strang der Projekte, das BIP als hauptsächlichen wirtschaftlichen Fokuspunkt zu überwinden, versuchte dieses nicht durch einen

neuen Indikator zu ersetzen, sondern ein Set an relevanten Indikatoren zur Messung von gesellschaftlich oder für das subjektive Wohlbefinden³⁸ wichtige Aspekte zu etablieren. Innerhalb dieses Sets könnte dann das BIP oder eine daraus abgeleitete Größe seine Rolle erfüllen. Nur wenn deren Messung ähnliche Aufmerksamkeit wie dem BIP selbst gewidmet wird, würden diese Indikatoren auch in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit ernst genommen werden.

Kritischere Positionen weisen allerdings darauf hin, dass wohlfahrtsrelevante Entscheidungen das Ergebnis unterschiedlicher Interessen und Machtverhältnisse sind. Mehr und bessere Information kann zwar eine Verbesserung bringen, allerdings ist dies nicht garantiert, wenn bestimmte Änderungen nicht an mangelnder Information, sondern an zu geringer Interessenübereinstimmung gescheitert sind. Ostleitner schlussfolgerte, dass in kapitalistischen Gesellschaften die „Ablösung durch ‚Sozialindikatoren‘ unwahrscheinlich ist, geht doch das BNP-Wachstum – in gewissen Grenzen – mit der privaten Kapitalakkumulation parallel, der zentralen Systemvariable des Kapitalismus“³⁹. In Bezug auf den Wachstumszwang einer dynamischen Wirtschaft wäre daher anknüpfend an Polanyi die Frage zu stellen, wie das verselbständigte Wirtschaftssystem wieder in die Gesellschaft eingebettet⁴⁰ bzw. wie seine Sachzwanglogik im Spannungsfeld mit gesellschaftlichen Zielen durch demokratisch legitimierte politische Eingriffe begrenzt werden kann. Und darüber hinaus, wie gewährleistet werden kann, dass die Gesellschaft die Ökosysteme bewahrt, in die sie letztlich selbst eingebettet ist.

In der neueren Ökonomie kann das magische Vier-, Fünf- oder Vieleck der Wirtschaftspolitik als ein frühes Beispiel einer solchen Idee der gesellschaftlichen Wohlfahrtsmaximierung bzw. ökonomischen Nachhaltigkeit durch Indikatoren angesehen werden.⁴¹ Nicht nur Wachstum, sondern auch ein hoher Beschäftigungsstand, eine gerechte Einkommensverteilung, ein stabiles Preisniveau, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie in der Erweiterung nachhaltige Staatsfinanzen, umfassende ökonomische Gleichstellung zwischen den Geschlechtern oder eine intakte Umwelt sollten gewährleisten, dass auftretende Zielkonflikte nicht einseitig gelöst werden. Bis heute finden sich derlei mehrdimensionale Wohlfahrtsbetrachtungen sowohl in Gesetzen als auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung wieder.

3.2.1 Wohlfahrtsindikatoren im Rahmen der Vereinten Nationen

Auf internationaler Ebene ging die Arbeit an der Verbesserung der statistischen Wohlfahrtserfassung vor allem von den Vereinigten Nationen aus. Sie reichen bis in den Zweiten Weltkrieg zurück, also in jene Zeit, in der das BIP selbst als Indikator weltweit noch nicht etabliert war. Gesucht

wurde nach Indikatoren, die das in Bretton Woods vereinbarte politische Ziel des „*economic progress everywhere*“ zur Prävention von Krieg und Vernichtung messbar machen konnten.⁴² Ausgehend von bereits etablierten Systemen nationaler Gesamtrechnungen in den USA und Großbritannien mit dem BIP bzw. BSP/BNP als zentrale Größen wurde in den Folgejahren an einem international vereinheitlichten System gearbeitet. Noch bevor der 1953 beschlossene Endbericht „A System of National Accounts and Supporting Tables“ vorlag, wurde auf Basis einer im Sommer 1952 verabschiedeten Resolution im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO eine internationale ExpertInnengruppe beauftragt, „*the most satisfactory methods of defining and measuring standards of living and changes therein in the various countries*“⁴³ zu erarbeiten. 1954 erschien schließlich dieser Bericht unter dem Titel „International definition and measurement of standards and levels of living“.

Als Lösung wurde ein Set von Indikatoren aus 15 Teilbereichen vorgeschlagen, mit dem Anstieg und Niveaus von Lebensstandards innerhalb und zwischen Ländern erfasst werden sollten. Der inhaltliche Fokus auf – insbesondere aus globaler Perspektive – weitgehend noch nicht gedeckte Grundbedürfnisse (z. B. Wasserversorgung, Haushaltsgröße, sanitäre Einrichtungen, Nahrungsmittelversorgung, Alphabetisierung) ist dabei evident. Bereits damals wurde im Bericht die bis heute heftig diskutierte Teilfrage entschieden, ob ein Set von neuen Indikatoren oder eine Korrektur des BIP die zu bevorzugende methodische Lösung ist: „... *levels of living must be approached in terms of a series of components (health, nutrition, education, etc.) and their statistical indicators, rather than in terms of any unitary monetary index, such as per capita national income*“.⁴⁴

Die Implementierung der Indikatoren der sozialen Wohlfahrt verlief in den Folgejahren schleppend. Zudem scheinen technische Umsetzungsprobleme, Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den verschiedenen beteiligten UN-Teilorganisationen, fehlender Nachdruck des Wirtschafts- und Sozialrats sowie ein gewisser Unwille in der Kommission selbst nicht förderlich gewesen zu sein.⁴⁵ Das BIP bzw. das BSP erlebte hingegen parallel zum Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit einen Bedeutungsgewinn und wurde durch die große Revision des Systems der VGR 1968 auch methodisch wesentlich weiterentwickelt. Die optimistische Interpretation dieser Entwicklung ging angesichts knapper statistischer Ressourcen von einer sequenziellen Abfolge aus: Aufbau der Wirtschaftsstatistik in den 1950ern und 60ern, danach folgte der Aufbau der Sozialstatistik.⁴⁶ Punkt 8 der Resolution der statistischen Kommission der UNO, die 1968 in Bezug auf die SNA-Reform verfasst wurde, würde diese Interpretation unterstützen, da damals die Ausarbeitung weiterer „*proposals for a coherent, preferably integrated system of demographic, manpower and other social statistics which is correlated with the national ac-*

counts and balances“ mit Unterstützung von ExpertInnen beschlossen wurde.⁴⁷

1970 legte Richard Stone einen Bericht vor, in dem die Einführung eines neuen statistischen Systems basierend auf den Teilsystemen „*demographic accounts*“, „*economic accounts on social services and production*“ sowie „*distribution accounts on income, consumption, wealth and social benefits*“ vorgeschlagen wurde.⁴⁸ Die statistische Kommission nahm diesen prinzipiell wohlwollend auf und betonte die Dringlichkeit angesichts des wachsenden Drucks, Statistiken hinsichtlich der sozialen Anliegen der Bevölkerung bereitzustellen. Gemeinsam mit den nationalen Statistikinstituten sollte an einer raschen Umsetzung gearbeitet werden.

In Folge ging der Prozess allerdings nur schleppend voran. Abseits eines neuen Projekttitels – System demografischer und sozialer Statistiken – war zwei Jahre später die Konkretisierung noch nicht viel weiter fortgeschritten. Auch der 1975 präsentierte umfassende technische Bericht⁴⁹ war von einem umsetzbaren System noch weit entfernt, sodass sich eine Implementierung weiter verzögerte.

3.2.2 Wohlfahrtsindikatoren im Rahmen der OECD

Parallel zu den Aktivitäten der UNO begannen Anfang der 1970er-Jahre auch andere Organisationen mit dem Aufbau einer Wohlfahrts- und Sozialstatistik. Hervorzuheben ist insbesondere die ebenfalls ab 1970 ausgearbeitete „List of Social Concerns“ der OECD, die 1973 vorgelegt wurde. Ausgangspunkt war die Ministerratstagung „Wirtschaftliches Wachstum – Quantitative und qualitative Zielsetzungen für die siebziger Jahre“ bzw. die für diesen Personenkreis eher untypische Ableitung, dass „Wachstum keinem Selbstzweck dient, sondern ein Instrument zur Schaffung besserer Lebensbedingungen darstellt“⁵⁰. Um die öffentliche Wahrnehmung sowie die Regierungstätigkeit stärker auf die Verbesserung der Lebensbedingungen zu fokussieren, sollten Sozialindikatoren ausgearbeitet werden, die diesem Ziel entsprechen. Daraus abgeleitet ergab sich ein methodologisch gänzlich anderer Zugang als in der UNO. Nicht die induktive, möglichst systematische Erfassung aller relevanten Bereiche sollte die Basis bilden, sondern die explizit politische Festlegung der als relevant erachteten bzw. messbaren Teilaspekte gegenwärtiger gesellschaftlicher Anliegen. Der Rest sollte von Fachleuten – unter der Nebenbedingung der Überschaubarkeit und der Messung von *outcomes* anstelle der Inputs bzw. der „Mittel zum Zweck“ – deduziert werden.

Schließlich einigten sich die VertreterInnen der OECD-Mitgliedstaaten auf acht Teilbereiche: Gesundheit, individuelle Entwicklung durch Bildung, Erwerbstätigkeit und deren Qualität, Zeitverwendung bzw. Freizeit, Verfügungsmöglichkeiten über Güter und Dienstleistungen, Umwelt, persönli-

che Sicherheit und Rechtsprechung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Daraus wurden 21 Grundanliegen abgeleitet, die sich in weitere Teilaspekte untergliedern können. Beispielsweise werden die materiellen Verfügungsmöglichkeiten unterteilt in persönliches Einkommen und Vermögen (mit den Subindikatoren Niveau und Verteilung von Einkommen und Vermögen), materielle Deprivation, qualitative Konsumaspekte und Schutz vor ökonomischen Schäden (z. B. Arbeitslosigkeit). Erst im nächsten Schritt wurden passende Indikatoren gesucht. Dieser entscheidende Schritt erfolgte allerdings nicht einheitlich im OECD-Rahmen, sondern oblag im Wesentlichen den nationalen Regierungen bzw. Statistikinstituten. Deshalb dauerte es relativ lange, bis erste Ergebnisse vorlagen.

3.2.3 Sonstige Wohlfahrtsindikatoren

Neben diesen beiden Hauptprojekten lässt sich in den 70er-Jahren eine Vielzahl weiterer Indikatorenprojekte finden. Die meisten beschränken sich allerdings auf thematische Teilaspekte (z. B. Gesundheit, Umwelt) oder einen speziellen Fokus in personeller (z. B. Kinder, Frauen) oder geografischer Hinsicht (Entwicklungsländer, einzelne Nationen). Zu nennen sind hier bspw. die damaligen Arbeiten von der ILO, der WHO, der FAO, der UNESCO, der CEPAL oder des Europarats. Darüber hinaus gab es breiter rezipierte Vorschläge einzelner WissenschaftlerInnen, wie beispielsweise das durch wiederholte Befragung zu gewinnende Ziel- und Indikatorensystem nach Kolle, die auf Grundbedürfnissen aus der Psychologie bzw. Soziologie aufbauenden Systeme von Galtung bzw. Allardt oder das umfassende System einer gesellschaftlichen Gesamtrechnung nach Gross.⁵¹

In Österreich verlief die Debatte eher verhalten. Sowohl das damalige Statistikamt als auch die Sozialpartner zeigten sich eher skeptisch und betonten unter Hinweis auf erschwerende nationale Besonderheiten und dem daraus erwachsenden, potenziell beträchtlichen Mehraufwand, auf fehlende theoretische Fundierung und noch nicht erfüllte statistische Anforderungen vor allem die Probleme. Man agierte weitgehend passiv und setzte internationale Einigungen um, statt aktiv die Debatte voranzutreiben.

4. Parallelen 1970er-Jahre und heute

In diesem Abschnitt wird einerseits beleuchtet, wie die Wachstumskritik in der Folge verlief, und andererseits welche Gründe ihren Verlauf bestimmten. Die Darstellung bleibt zwangsläufig kursorisch, nicht zuletzt da die Literatur erstaunlich dünn geblieben ist.

4.1 Wachstum und Nachhaltigkeit

In den Wirtschaftswissenschaften fand der Umweltaspekt gewisse Beachtung. In dem Maße, wie es in Folge der Lucas-Kritik zu einer „Anti-Keynesianischen Revolution“⁵² mit einer zwanghaften Mikrofundierung sowie einer Ablehnung aktiver Wirtschaftspolitik kam, reduzierte sich der Umweltaspekt auf ein Problem der korrekten Schätzung der einzupreisenden externen negativen Effekte. Damit ging der theoretische Rahmen verloren, in dem ein allgemeiner prinzipieller Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt überhaupt erst entstehen könnte. Umweltprobleme wurden so zu einem Nebenschauplatz, der sich weitgehend von selbst regeln würde, wenn Eigentums- bzw. Verfügungsrechte für alle klar definiert und durchgesetzt und durch konsequente Liberalisierung Marktmechanismen freigesetzt werden könnten.

Auch die spätestens mit dem zweiten Ölpreisschock abweichende realwirtschaftliche Dynamik änderte das ökonomische und gesellschaftliche Themenspektrum nachhaltig. In den USA sowie in Westeuropa ging die Ära der weitgehenden Vollbeschäftigung zu Ende, begleitet von wachsenden staatlichen Defiziten. Bis 1982 blieben die Wachstumsraten deutlich hinter jenen aus dem „goldenen Zeitalter“ zurück. Nicht zu starkes, sondern zu geringes Wachstum wurde zunehmend als Problem gesehen. Die umgekehrte Interpretation, wonach die beiden Ölpreisschocks und die wirtschaftliche Schwäche selbst die Grenzen des Wachstums eingeläutet hätten, wurde spätestens mit der längeren Phase passabler Zuwächse von mindestens 2,5% pro Jahr von 1984 bis 1990 (EU-15) widerlegt.

Punkto Vereinbarkeit von Umwelt und Wirtschaft trugen aber auch die Wachstumskontroverse selbst und die stärker werdende Umweltbewegung bei. Durch gestiegenes Bewusstsein wurde in den USA und Europa mit einer umfassenderen Umweltweltpolitik begonnen, die relativ rasch zu sichtbaren Erfolgen bei der Reduktion von Umweltschadstoffen führte. So konnten negative Szenarien – wie beispielsweise das noch Anfang der 1980er-Jahre für Mitteleuropa zur Jahrtausendwende prognostizierte Waldsterben – rechtzeitig verhindert werden.⁵³

Neuen Schwung in die Debatte brachte die Brundtland-Kommission 1987 sowie noch stärker die darauf aufbauende UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, kurz Rio-Konferenz, im Jahr 1992. Sie gelten als der Startpunkt einer breiten Debatte über nachhaltige Entwicklung mit dem Fokus globale Klimaerwärmung bzw. dem steigenden CO₂-Ausstoß. Die Rio-Konferenz war mit einer erstmalig breiten Beteiligung von NROs zudem Ausdruck der vollzogenen Institutionalisierung der Umweltbewegung.⁵⁴ Sie garantierte in Folge, dass Nachhaltigkeit und Klimawandel langfristig auf der globalen Agenda blieben und ein gewisser ökologischer

Dauerdruck insbesondere zur Beschränkung der CO₂-Emissionen der Wirtschaft etabliert wurde.

4.2 BIP bleibt vorerst wichtigster Indikator für Fortschritt

Es ist evident, dass sich die damaligen Vorschläge für eine bessere Messung der Wohlfahrt nicht durchsetzen konnten. Das Bruttoinlandsprodukt konnte seine dominante Stellung als *der* Wirtschaftsindikator schlechthin sogar noch ausbauen. Selbst kleinen Prognoseänderungen wird heute große Aufmerksamkeit geschenkt, und sein Wachstum gilt in der breiten Öffentlichkeit weiterhin als Gradmesser für gesellschaftlichen bzw. politischen Erfolg. Umgekehrt führen die alternativen Ansätze zur Berechnung eines Wirtschaftsindikators wie das MEW ein Schattendasein in Nischen der Wirtschaftswissenschaft. Studien zu seiner Entwicklung werden zwar veröffentlicht, ihre Relevanz in Politik und Medien tendiert jedoch gegen null. Daran konnten auch Weiterentwicklungen des MEW von John Cobb, der zunächst mit Herman Daly 1989 einen darauf aufbauenden „Index of Sustainable Economic Welfare“ entwickelte, der wiederum 1995 zum „Genuine Progress Indicator“ führte, nichts ändern. Beide sollten wie bereits das MEW das BIP ersetzen „*since the GDP measures only the quantity of market activity without accounting for the social and ecological costs involved*“, wie es in einer Unterstützungserklärung heißt, die auch von Protagonisten der Wachstumskontroverse aus den 70er-Jahren wie z. B. Robert Heilbroner unterzeichnet wurde.⁵⁵ Wie unrealistisch die Erwartungshaltung trotz des Misserfolges der zwanzig Jahre zuvor war, zeigt die Aufforderung im nächsten Satz: „*Policy-makers, economists, the media, and international agencies should cease using the GDP as a measure of progress and publicly acknowledge its shortcomings.*“⁵⁶

Zusätzlich zu den BIP-Korrekturen des MEW gehen nun das Ausmaß der Einkommensungleichheit sowie die Kosten der Arbeitslosigkeit, der Kriminalität bzw. der ökologische Fußabdruck und weitere Größen negativ ein.

Im Ergebnis zeigen die Berechnungen des ISEW oder des GPI für gewöhnlich, dass das Wohlstandsniveau seit etwa Mitte der 70er-Jahre weitgehend stagniert oder leicht sinkt. Im Vergleich zum BIP ergibt sich somit eine bis Anfang der 60er-Jahre ähnliche Entwicklung, danach ein schwächerer Anstieg und in den letzten Jahrzehnten schließlich eine weitgehende Entkoppelung.⁵⁷ Auch für die neueren Adaptionen des MEW bleibt die prinzipielle Kritik – wie sie beispielsweise in Österreich in der Beiratsstudie 1976 zum Ausdruck kam – aufrecht.⁵⁸ Ungelöst ist vor allem das Problem der Niveaufinition bzw. der mangelnden theoretischen Fundierung für die Gewichtung – und damit Bewertung – der einzelnen Komponenten. Weitere Schwierigkeiten sind das unregelmäßige Erscheinen der Daten,

die mitunter unerwartet großen kurzfristigen Schwankungen in den Zeitreihen und die mangelnde Standardisierung, die Vergleiche zwischen den Ländern erschweren. Dadurch sind die Ergebnisse nicht leicht zu interpretieren bzw. lässt sich die böse Unterstellung nicht verwerfen, dass die Konstruktion des Indikators das grobe Ergebnis, wonach langfristig das Wohlstandsniveau mittlerweile stagniere und damit die Grenzen des Wachstums erreicht seien, bereits präjudiziert.

Die umfassenderen Indikatorensets, die im Rahmen der UNO sowie der OECD noch in den 70er-Jahren angestrebt wurden, blieben ebenfalls weit hinter ihren großen Plänen zurück. In reduzierter Form wurden sie zwar tatsächlich umgesetzt, allerdings mit wesentlichen Datenlücken und zeitlichen Verzögerungen. Hauptproblem blieb die insgesamt verschwindend geringe Relevanz. Nicht einmal auf internationaler Ebene gab es Leitindikatoren, die in den 70er- oder 80er-Jahren politikrelevant geworden wären. Das mag auch an den unterschiedlichen Entwicklungsständen gelegen haben, die zu sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen führten. Während in den meisten Ländern eher Indikatoren zur Messung der Befriedigung von Grundbedürfnissen relevant gewesen wären, spielten diese für die OECD-Staaten fast keine Rolle mehr. So konzentrierten sich die weiteren Arbeiten im Rahmen der UNO auf die Grundbedürfnisse (*basic needs*), während in der OECD Wohlstands- und Sozialindikatoren im Mittelpunkt standen.

Als das relevanteste Folgeprojekt vor der Jahrtausendwende entstand 1990 der „Human Development Index“ (HDI), der immerhin in groben Ländervergleichen in Lexika oder Schullehrbüchern einen ähnlichen Stellenwert erreichte wie das BIP. Für die innerstaatliche Debatte oder Zeitvergleiche konnte er sich jedoch nicht etablieren. Die Entwicklung des HDI ist eng mit dem Namen Amartya Sen verbunden und wurde erstmals im damals ebenfalls neuen „Human Development Report“ unter der Leitung von Mahbub ul Haq vom „United Nations Development Programme“ (UNDP) veröffentlicht.⁵⁹ In der Begründung für den Index waren damals bereits die Konturen des erst später von Sen ausformulierten „*capability approach*“ erkennbar. Im Mittelpunkt gesellschaftlicher Entwicklung sollte die Ausweitung der individuellen Wahlmöglichkeiten und Verwirklichungschancen stehen. Zurückgehend auf Aristoteles wird davor gewarnt, „*societies merely by such things as income and wealth that are sought not for themselves but desired as means to other objectives*“⁶⁰ zu beurteilen. Der Index beruht auf drei Teilbereichen, die als wichtige Elemente der persönlichen Verwirklichungsmöglichkeiten gesehen werden: materielle Chancen, Bildung und Lebenserwartung. Als Teilindikatoren für die ersten beiden Bereiche wurden der Logarithmus des kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-BIP als Maß für „*the conversation of income into the fulfilment of human needs*“⁶¹ und die Alphabetisierungsrate als Maßstab für Bildung ausgewählt. (Letz-

tere wurde allerdings sehr rasch durch andere Bildungsindikatoren ersetzt.)

Der Erfolg des HDI dürfte darin bestanden haben, dass er sich auf wenige wichtige und breit verfügbare Indikatoren beschränkte, die eine Art „kleinsten gemeinsamen Nenner“ aus Sozialindikatoren- und Grundbedürfnisse-Ansatz bildeten, sozialphilosophisch gut begründet waren und eine anschlussfähige Wachstumskritik implizierten, ohne Wirtschaftswachstum an sich aufzugeben. Kritisiert wurde der HDI für seinen fehlenden Bezug zu ökologischen Faktoren sowie die Ausklammerung der innerstaatlichen Verteilung von Bildung, Einkommen und Lebenserwartung. Zumindest auf den Verteilungsaspekt wurde aber bereits damals im Text hingewiesen und in der neuesten Überarbeitung auch direkt in der Indexberechnung berücksichtigt.

Nach dem HDI sind vor allem drei Indikatoreninitiativen hervorzuheben: erstens der 2001 erstmalig erschienene „Society at a Glance“-Bericht der OECD, der ohne grundsätzliche Neuerungen an den Arbeiten in den 70er-Jahren zu den Sozialindikatoren anknüpft. Neu war lediglich die verstärkte Berücksichtigung von institutionellen Aspekten (bspw. Wahlen, Korruption, gesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeit) und subjektive Zufriedenheit. Der Vorteil lag vor allem in der Zusammenfassung und Erläuterung in Form eines Berichtes sowie der leichten Vergleichbarkeit über die Zeit und zwischen den Staaten mittels Ampelsystem. Problematisch blieb vor allem die Verzögerung (bei manchen Indikatoren bis zu vier Jahre und nach wie vor eingeschränkter Vergleichbarkeit).

Zweitens die Entwicklung von Indikatoren, die die ökologische Entwicklung bzw. Nachhaltigkeit ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung erfassen und so ein Gegengewicht zum BIP bilden sollen. Der Bekannteste ist der 1994 entwickelte ökologische Fußabdruck, der die zur dauerhaften Aufrechterhaltung des Lebensstandards notwendige Fläche in Relation zur vorhandenen Fläche setzt. Demnach hat die Menschheit etwa 1970 die Nachhaltigkeitsgrenzen überschritten und bräuchte derzeit 1,5 Erdplaneten, um den Lebensstandard aufrechterhalten zu können.⁶² Auf diesen Indikator aufbauend wurde als ökosensibles Pendant zum HDI der „Happy Planet Index“ entwickelt, der neben dem Fußabdruck die Lebenserwartung sowie einen Wert für Lebenszufriedenheit aggregiert.

Drittens die „Millennium Development Goals“, die auf dem Grundbedürfnisse-Ansatz der UNO aufbauen und ein Set von politikrelevanten Indikatoren in acht Teilbereichen samt der zu erreichenden Zielwerte umfassen. Im Gegensatz zu den 70er-Jahren geht es hierbei jedoch in erster Linie um die Definition und Quantifizierung politischer Ziele. Die Messung von Wohlfahrt und gesellschaftlichem Fortschritt ist lediglich implizit enthalten.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass die Alternativen zum BIP

auch unmittelbar nach der Wachstumskontroverse in den 70er-Jahren nicht in Schwung gekommen sind. Andrew Sharpe, Direktor des kanadischen „Centre for the Study of Living Standards“, führt das vor allem auf „tighter government finances; a more conservative ideology adopted by a number of governments; and a perceived lack of usefulness of social indicators in policy making“⁶³ zurück. Und weiters: „This latter factor in turn may have been due to the overly simplistic view of how knowledge influences policy that had been put forward by the social indicators movement.“⁶⁴ Ein Bericht im Rahmen der UN-Statistikkommission nennt zwar ebenfalls fehlende Ressourcen und geringen gesellschaftlichen Nutzen für den enttäuschenden Fortschritt bei der Indikatorenentwicklung. Allerdings wird dieses Ergebnis auf gesellschaftliche Strukturen bzw. implizite Entscheidungen zurückgeführt:

„Society expends resources on the collection of official statistics because of the perceived need by the society for the data in public policy decision-making. Most of the central discussions, in market economies at least, have been economic ones. In many cases social discussions have taken a back seat to economic ones.“⁶⁵

Damit scheint die von Ostleitner bereits 1975 geäußerte Skepsis bestätigt (vgl. Abschnitt 3.2).

Darüber hinaus wurde auf die allgemeine Kritik an den Wohlfahrtsindizes noch keine ausreichende Antwort gefunden. So sprechen die zwangsläufig stärker auftretenden Probleme der subjektiven Auswahl und Gewichtung sowie die in der Praxis zu beobachtende hohe Korrelation mit dem BIP nach wie vor nicht unbedingt dafür, neue Leitindikatoren in der öffentlichen Debatte zu lancieren. Folglich wird es aber auch schwierig, zumindest ein ähnliches Ausmaß an Ressourcen mobilisieren zu können, wie sie für die Entwicklung und die laufende Erfassung des BIP zur Verfügung stehen, das notwendig wäre, um eine vergleichbare Qualität, Zeitnähe und Zuverlässigkeit der Daten erreichen zu können.

4.3 Neuere Initiativen für nachhaltigen gesellschaftlichen Fortschritt

Spätestens mit der Einberufung der hochkarätig besetzten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission⁶⁶ (SSFK) im Auftrag des damaligen französischen Präsidenten Anfang 2008 erlebte die Debatte über Wachstum, Lebensqualität und Nachhaltigkeit eine Renaissance. Ein direkter Anlass lässt sich jedoch nicht ausmachen. Die SSFK selbst hält diesbezüglich fest, dass die Gründe in „increasing concerns [which] have been raised since a long time about the adequacy of current measures of economic performance, in particular those based on GDP figures“ bzw. „broader concerns about the relevance of these figures as measures of societal well-being“ lägen.⁶⁷ Auch wenn der Zeitpunkt für die Fertigstellung des Endberichts

daher ein Zufall sein mag, so half die Koinzidenz mit dem Höhepunkt der schwersten Wirtschaftskrise seit Etablierung ihrer internationalen Messung ungemein für seine Popularisierung.

Dies dürfte eine weitere Parallele zu den 70er-Jahren sein, wo erstens die bereits Jahre zuvor fixierten Pläne zur Ausweitung der Wohlfahrtsindikatoren mit Umweltproblemen, Ölpreisschock, gesellschaftlichen Umwälzungen und der Diskussion über eine Neue Weltwirtschaftsordnung zusammenfielen, und zweitens eine Intervention auf hochrangiger politischer Ebene – die OECD-Konferenz 1970 – den konkreten An Schub gab. Aktuell wurden die Pläne zur Ausweitung der Wohlfahrtsindikatoren vor der SSFK am ersten Weltforum über Schlüsselindikatoren der OECD in Palermo 2004 entwickelt. Diese Initiative hatte allerdings – aufgrund des unterschiedlichen Hintergrunds der ProponentInnen verständlicherweise – einen etwas anderen Ausgangspunkt als die SSFK: Nicht die Unzufriedenheit mit dem BIP („*marked distance between standard measures ... and widespread perceptions*“)⁶⁸ stand im Vordergrund, sondern die Kritik an der Qualität der politischen Entscheidungen, die durch die Behebung von Informationsproblemen im Sinne der verstärkt aufkommenden postdemokratischen⁶⁹ Public Choice-Modelle verbessert werden sollten. „*When governments set a new budget ... decisions are often based on some sort of statistical information, which we turn into knowledge and use to inform our choices*“, so die Begründung des damaligen Chefstatistikers der OECD, Enrico Giovannini (der aber auch selbst Mitglied in der SSFK war).⁷⁰ Noch deutlicher der damalige EZB-Präsident Trichet, der im Sinne eines postdemokratischen Allgemeinwohls anstelle der tatsächlichen Beteiligung von Bevölkerung und Interessengruppen postulierte: „*good decisions also depend on good judgment*“.⁷¹

Weitere Weltforen folgten 2007 in Istanbul, 2009 in Busan und 2012 in Delhi. Sie kulminierten einerseits im „Global Project ‚Measuring the Progress of Societies‘“ mit der Internet-Seite wikiprogress.org und andererseits in der neuen OECD-„Better Life Initiative“, die 2011 erstmalig den webbasierten und individuell gewichtbaren „Better Life Index“ herausgab. Inhaltlich deckt sich dieser hinsichtlich den groben Bereichen weitgehend mit den jahrzehntealten Vorgängern der OECD, weist aber gerade dort neue Lücken auf, die bereits in der klassischen Ökonomie sowie in der SSFK eine zentrale Rolle spielen: Verteilung, Konsum und Freizeit.

Sowohl dem OECD- als auch dem SSFK-Ansatz gemeinsam ist der Versuch, einen Index oder ein Indikatorenset zu erarbeiten, das die relevantesten ökonomischen, sozialen und ökologischen Informationen erfasst und dabei öffentlich kommunizierbar bleiben soll. Dieser integrale Zugang ist in der Tat ein Novum gegenüber der Debatte in den 70er-Jahren.

Die Leistung der SSFK selbst besteht in der Generierung von Aufmerksamkeit und Momentum, in der Synthese von Wirtschafts-, Umwelt- und

Sozialaspekten sowie in der kohärenten Ausarbeitung, die in der gut begründeten Empfehlung für die Erstellung der Indikatoren in den drei Säulen „materieller Wohlstand, Lebensqualität und Nachhaltigkeit“ inklusive Subkategorien zum Ausdruck kommt. Kritisch betrachtet könnte man aber auch festhalten, dass sich die Ableitungen letztendlich nur wenig von den zuletzt herausgegebenen „Society at a Glance“-Berichten der OECD unterscheiden. Inhaltlich hat sich allerdings die Betonung verändert: So hebt der Abschlussbericht der SSFK in der materiellen Dimension Vermögen sowie die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen hervor bzw. soziale Beziehungen, politische Mitsprache und Steuerung im Bereich des Wohlbefindens.⁷²

Anknüpfend an den Arbeiten der SSFK entwickelten sich in Europa eine Reihe weiterer Initiativen. Noch vor dem Endbericht der SSFK veröffentlichte die EU-Kommission eine Mitteilung „Beyond GDP“, die den Startschuss zur „Sponsorship Group Measuring, Progress, Well-being and Sustainable Development“ im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems gab, die Ende 2011 bereits ihren Endbericht inklusive einem Aktionsplan über die weiteren Schritte vorlegte.⁷³

Der deutsche Sachverständigenrat und „Conseil d'Analyse économique“ wurden gemeinsam von der deutschen und der französischen Regierung beauftragt, eine Art Umsetzungsvorschlag zum SSFK-Bericht zu erarbeiten, die Ende 2010 einen Endbericht vorlegten, der vor allem zwei Neuerungen brachte. Erstens bildete er die Grundlage für die groß angelegte Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ im Deutschen Bundestag, die „Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichen Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ finden sollte. Damit wurde auch die Wachstumskontroverse im engeren Sinne erstmalig strukturiert auf eine parteiübergreifende politische Ebene gehoben.⁷⁴ Zweitens wurde darin erstmalig ein direkter Konnex zur aktuellen Wirtschaftspolitik in Zusammenhang mit der Krise über den Umweg der Nachhaltigkeit hergestellt. Letztere wird nun nicht mehr nur in Hinblick auf ökologische Fragen angewandt, sondern bildet einen Zirkelbezug zu der wirtschaftlichen Entwicklung selbst. Mehr als die Hälfte der vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsindikatoren bezieht sich nun auf ökonomische Größen wie den konjunkturbereinigten Finanzierungssaldo, die fiskalische Nachhaltigkeitslücke oder relativ neue Konstruktionen wie die „reale Aktienpreislücke“⁷⁵. Diese Indikatoren waren ein Vorbote für neue, das BIP stärker ergänzende Wirtschaftsindikatoren im Rahmen der restriktiver ausgerichteten „Economic Governance“, die als Anti-Krisenstrategie auf europäischer Ebene vor allem im sogenannten „Scoreboard“ mündeten.⁷⁶ Damit könnten die Initiativen zur Überwindung des BIP als einzigen zentralen Wirtschafts- bzw. Fortschrittsindikator durch die Hintertür gefährdet werden, denn einerseits werden statistische Ressourcen für diesen neuen

Prozess gebunden, und andererseits werden ergänzende Indikatoren mit Fokus auf das BIP selbst definiert, wodurch dessen Position insgesamt sogar noch gestärkt wird.

Die Wachstumskontroverse im engeren Sinne gliedert sich heute nach wie vor grob in drei Lager⁷⁷: ein erstes, das hohes Wachstum weiter anstrebt, wobei dieses zumindest möglichst „grün“ und/oder „smart“ sein soll. Diese Position wird auf internationaler Ebene vor allem von OECD und EU-Kommission angetrieben. Zweitens Ansätze einer starken Wachstumskritik, die mit Schlagwörtern wie „*Decroissance*“, „Nullwachstum“ oder „*Steady-State-Economy*“ operieren und sich vor allem im Bereich der postmateriellen NRO-Szene in wohlhabenden Ländern verorten lässt. Und drittens eine Position der schwachen Wachstumskritik, die auf die Qualität des Wachstums fokussiert. Nicht mehr oder weniger quantitatives Wachstum wäre entscheidend, sondern jenes Ergebnis der Wirtschaftsleistung, das ein möglichst „gutes Leben“ ermöglicht. Diese letzte Position lässt sich nicht genau verorten und ist in der wirtschaftspolitischen Orientierung einiger lateinamerikanischer Staaten ebenso zu finden wie der deutschen Gewerkschaft IG-Metall.

5. Resümee

Die neu entflammte Debatte über Wirtschaftswachstum als gesellschaftliches Ziel bzw. der Notwendigkeit alternativer Wohlstandsmessung weist mehr Parallelitäten denn Unterschiede zu ähnlichen Kontroversen zu Beginn der 1970er-Jahre auf. Insbesondere die Frage nach den Grenzen des Wachstums ist abermals ein wichtiger Teilbereich. Angesichts dieser Ähnlichkeiten bei rückblickend gleichzeitig äußerst bescheidenen Ergebnissen ist Fortschrittspessimismus hinsichtlich der Wachstumskontroverse selbst angebracht. Noch erscheint es unklar, ob sie heute mehr sein kann „als [eine] Endlosschleife“.⁷⁸ Das gilt insbesondere für die Frage, ob mehr oder weniger Wachstum bzw. Nullwachstum oder sogar eine gezielte Wirtschaftsschrumpfung angestrebt werden sollte. Gemeinsame Schwierigkeit dieser Positionen ist die Perspektive eines gesellschaftlichen Planers, der jenseits von Wirtschaftssubjekten und deren komplexen Interaktionen eine bestimmte BIP-Veränderung realisieren könnte. Zweitens werden die Zusammensetzung der Wirtschaftsleistung und die Bedingungen ihres Zustandekommens vernachlässigt, obwohl diese unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten wahrscheinlich wichtiger sind als die Veränderung ihrer monetär bewerteten Jahressummen. Tendenziell wird die Kontroverse über den „Sollwert“ der Veränderungsrate des BIP heute weniger scharf geführt als in den 70er-Jahren, da heute vielmehr im Mittelpunkt steht, was gesellschaftlichen Fortschritt bzw. ein gutes/besseres Leben

für alle ausmacht und in der Folge, wie dieser Fortschritt gemessen und gefördert werden kann. Da diese Aspekte aber auch schon vor etwa vierzig Jahren behandelt wurden, erstaunt der weitgehend fehlende Bezug zu den Erfahrungen bzw. zu einer Reflexion über die Gründe, warum die Debatte seither weitgehend fruchtlos geblieben ist. Im Kern geht es nach wie vor um die von Senator Robert F. Kennedy 1968 vorgebrachte Kritik, dass das BIP bzw. BNP alles messe, „*except that which makes life worthwhile*“⁷⁹. In der vermutlich wichtigsten aktuellen Grundlage, dem Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report, findet sich beispielsweise kaum ein Verweis auf diese Vergangenheit, obwohl Amartya Sen selbst bereits damals auf diesem Gebiet – insbesondere dem Teilbereich Verteilung – forschte und publizierte⁸⁰ sowie später bei der Ausarbeitung des HDI beteiligt war.⁸¹ Ebenso fehlen Evaluierungen, warum trotz deutlich verbesserter Verfügbarkeit von Daten/Indikatoren diese kaum zu einer stärkeren Berücksichtigung in Politik und Öffentlichkeit führen.

Abschließend werden wir zumindest einige Thesen zur Frage präsentieren, ob die Wachstumskontroverse diesmal fruchtbarere Resultate liefern wird, als dies in den 70er-Jahren der Fall war.

Die erste These lautet, dass der Verlauf der Wachstumskontroverse nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden kann. Die Wurzeln sowohl der alten als auch der neuen Debatte war eine zumindest in gesellschaftlichen Teilbereichen des Westens wachsende Unzufriedenheit mit dem ökonomischen System und deren gebündelter Artikulation. Das gilt sowohl für den Umweltdiskurs als auch für die Debatte über gesellschaftlichen Fortschritt. Die Unzufriedenheit führte zu politischem Druck, Initiativen in diese Richtung zu setzen. Es ist bezeichnend, dass sowohl in den 1970ern wie auch aktuell einer der zündenden Impulse von höchster politischer Ebene kam (OECD-Ministerratskonferenz 1970, Nicolas Sarkozys Einberufung der Stiglitz-Kommission). In dem Maße, wie dieser Druck wieder abnimmt, wird auch die Wachstumskontroverse wieder abflauen. Gleichzeitig scheinen die objektiven Grundlagen für die Unzufriedenheit (z. B. deutlich höhere Arbeitslosigkeit, Zunahme extremer Wettererscheinungen als wahrscheinliche Folge des Klimawandels, ausgeprägtere Verteilungsschieflage) heute schwieriger zu überwinden zu sein, weshalb der Druck diesmal länger anhalten könnte.

Zweitens gehen wir davon aus, dass auch objektive Schwächen der Alternativen zur einseitigen Wachstumsorientierung sowohl zu den bescheidenen Ergebnissen in der Vergangenheit beigetragen haben. Das System der VGR ist besser als sein Ruf und nicht zuletzt aufgrund seiner jahrzehntelangen Etablierung und laufenden Verbesserungen schwer zu „überbieten“. Dieses System mit dem BIP als wichtigste Teilgröße sollte daher nicht ersetzt, sondern ergänzt werden. Zum Teil bietet es sogar direkte Anknüpfungspunkte, beispielsweise durch eine Erweiterung um sogenannte

Satellitenkonten, die Teilgebiete wie den Ressourcenfluss erfassen können, oder eine Refokussierung auf Einkommens- und Konsumrechnung. Ein Rechenwerk kann immer nur so gut sein wie die Zielvorgabe, für die es herangezogen wird.

Dass spätestens mit dem Stiglitz-Report Umwelt-, Gesellschafts- und Wohlstandsperspektive als drei Säulen unter ein gemeinsames Dach zusammengeführt werden, könnte bessere Ergebnisse aus der heutigen Wachstumskontroverse bringen. Damit wird es zumindest möglich die Kritik am BIP weiter zu bündeln. Zudem ist die Debatte heute stärker faktenbasiert, zumindest was deren Begründung im Teilbereich gesellschaftlicher Fortschritt anbelangt. Die divergierende Entwicklung zwischen BIP und Lebensqualität ist evident, insbesondere im Teilbereich Verteilung, wo ein immer größerer Teil der Gesellschaft am Wachstum nicht oder nur sehr eingeschränkt partizipiert. Zudem zeigt die Glücksforschung, dass materielles Wachstum im Vergleich zu dessen Verteilung, zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zum Abbau der Rate psychischer Erkrankungen, zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts etc. eine deutlich überschätzte Größe für die Lebenszufriedenheit ist.

Ebenfalls für heute bessere Erfolgsbedingungen spricht der zunehmend globalisierte, breitere und vor allem quantitativ verdichtete Informationsfluss über das Internet. Gegenseitiger Austausch der einzelnen Initiativen und Sichtbarmachung von Erfolgen beispielsweise über Plattformen wie Wikiproggress ist dadurch viel leichter möglich.

Im Teilbereich Umwelt dürfte nicht zuletzt der heute stärkere Institutionalisierungsgrad der „Umweltbewegung“ die Wachstumskontroverse weiter verstärken. In dem Maße, wie der wachsende Druck zu einer weiteren Ökologisierung der Wirtschaft führt oder negative Prognosen nicht eintreten, könnte das jedoch abermals zu gegenläufigen Tendenzen führen.

Es bleibt insgesamt also offen, ob ausgehend von der historischen Erfahrung nun mit zufriedenstellenderen Ergebnissen aus der heutigen Wachstumskontroverse zu rechnen ist. Letztlich wird vieles davon abhängen, ob der öffentliche Druck in Richtung Verbreiterung des Verständnisses von langfristigem gesellschaftlichem Fortschritt aufrecht bleiben wird. Insofern ist die Neuaufnahme der Wachstumskontroverse an sich bereits ein erster Schritt.

Anmerkungen

- ¹ Dieser Beitrag basiert auf den Vortrag „Die Wachstumskontroverse vor 40 Jahren – haben sich die Fragestellungen geändert?“, der anlässlich der gemeinsamen Tagung des Kautsky-Kreises und des Kocheler Kreises für Wirtschaftspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung am 1.7.2011 in Wien gehalten wurde.
- ² Vgl. Stiglitz et al. (2009) 7.
- ³ Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1976b) 85.

- 4 Frey (1972) 15.
- 5 Pigou (1932) 172ff.
- 6 Kapp (1958) VII.
- 7 Mishan (1969) 58.
- 8 Heller (1973) 5.
- 9 Herfindahl/Kneese (1973) 442.
- 10 Heller (1973) 16.
- 11 Ein frühes Lehrbuch auf diesem Gebiet ist Nowotny (1974).
- 12 Eine ausführlichere Darstellung zur damaligen Entwicklung der Umweltpolitik lässt sich etwa in der Beiratsstudie „Probleme der Umweltpolitik in Österreich“ finden (1976a).
- 13 Meadows et al. (1972)
- 14 Ibidem, 129.
- 15 Solow (1974) formulierte pointiert: „[T]he doomsday models of the modern sort tell us that the world will end with a bang, not with a whimper“ (S. 47).
- 16 Heilbroner 1973.
- 17 Ibidem, 149.
- 18 Paul Samuelson in Oltmans (1974) 41. Für eine detailliertere ökonomische Kritik an den Weltmodellen von Forrester und Meadows et al. siehe Rosner/Winckler 1983.
- 19 Boulding (1973) 149.
- 20 Myrdal (1973) 219.
- 21 Day (1974) 123ff.
- 22 Boulding (1973) 150.
- 23 Heller (1973) 11, 28.
- 24 Ostleitner (1975) 26.
- 25 Matzner (1975) 42. Weitere Beiträge zu dieser Diskussion: Szecsi (1975) und (1976), Teufelsbauer (1975) und Prager (1975).
- 26 Bsp. Layard (2005).
- 27 Herfindahl/Kneese (1973), 449.
- 28 Siehe dazu Chaloupek (1973) 116ff.
- 29 Juster (1977) 65.
- 30 Morgenstern (1972) 701.
- 31 Juster (1977) 31.
- 32 Myrdal (1932).
- 33 Albert (1967), 56ff.
- 34 Myrdal (1973) 208.
- 35 Ibidem, 219.
- 36 Nordhaus/Tobin (1972).
- 37 Ebd.
- 38 Vgl. bspw. Layard (2005).
- 39 Ostleitner (1975) 15.
- 40 Polanyi (1977).
- 41 Vgl. Rothschild (2010).
- 42 Costanza/Hart/Posner/Talberth (2009) 5.
- 43 United Nations (1954) 176.
- 44 Ebd.
- 45 Vgl. United Nations Statistical Commission (1958) 16f.
- 46 Vgl. Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1976b) 37.
- 47 United Nations Statistical Commission (1968) 13.
- 48 United Nations Statistical Commission (1970) 12.
- 49 Towards a System of Social and Demographic Statistics – UN Statistical Commission (1975).

- ⁵⁰ Zitiert nach: Beirat (1976) 44.
⁵¹ Ebd. 62ff.
⁵² Walpen (2004).
⁵³ Die Zeit (1983).
⁵⁴ Candeias (2004) 265.
⁵⁵ GPIAtlantic (2012).
⁵⁶ Ebd.
⁵⁷ Vgl. bspw. Stockhammer et al. (1997).
⁵⁸ Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1976b) 5ff., 78.
⁵⁹ UNDP (1990).
⁶⁰ Ebd. 9.
⁶¹ Ebd. 13.
⁶² Global Footprint Network (2012).
⁶³ Sharpe (1999) 7.
⁶⁴ Ebd.
⁶⁵ Becker et al. (2000) 404.
⁶⁶ Unter dem Namen dieser führenden beteiligten Ökonomen wird sie für gewöhnlich geführt. Die offizielle Bezeichnung lautet „Commission on the measurement of economic performance and social progress“.
⁶⁷ Commission on the measurement of economic performance and social progress (2009).
⁶⁸ Ebd. 7.
⁶⁹ Vgl. Crouch (2008).
⁷⁰ OECD (2004) 2.
⁷¹ Ebd. 3.
⁷² Commission on the measurement of economic performance and social progress (2009) 13f.
⁷³ European Statistical System (2011).
⁷⁴ Enquete-Kommission (2012).
⁷⁵ Conseil d'Analyse économique/Sachverständigenrat (2010).
⁷⁶ Rossmann (2011).
⁷⁷ Vgl. Brand (2012).
⁷⁸ Steurer (2010).
⁷⁹ Tayler (2012).
⁸⁰ Vgl. Wagner (2000).
⁸¹ Lediglich in den Begleitdokumenten findet sich zumindest ein schwacher Bezug.

Literatur

- Albert, Hans, Marktsoziologie und Entscheidungslogik (Neuwied und Berlin 1967).
 Becker, Bernd; Habermann, Hermann; Melnick, Daniel, Measuring social phenomena 1954 to 1997- Progress?, in: Handbook of National Accounting – Studies in Methods, Series F 75 (2000) 401-407.
 Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Probleme der Umweltpolitik in Österreich (Wien 1976a).
 Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Qualitative Aspekte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung (Wohlfahrtsindikatoren) (Wien 1976b).
 Boulding, Kenneth E., New Goals for Society, in: Schurr (Hrsg.) (1973).
 Brand, Ulrich, Wachstum und Herrschaft, in: Wohlstand ohne Wachstum (= Aus Politik und Zeitgeschichte 62/27-28, Bonn 2012).
 Candeias, Mario, Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie (Hamburg 2004).

- Chaloupek, Günther, Das Sozialprodukt als Wohlstandsindikator, in: Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft. Festschrift für Eduard März (Wien 1973) 113-121.
- Chaloupek, Günther; Lamel, Joachim (Hrsg.), Die zweifelnde Gesellschaft (Wien 1983).
- Commission on the measurement of economic performance and social progress (2009). [online am 12.11.2012:] <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>.
- Conseil d'Analyse économique, Sachverständigenrat; Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem (2010).
- Costanza, Robert; Hart, Maureen; Posner, Stephen; Talberth, John, Beyond GDP: The Need for New Measures of Progress (= Pardee Papers 4, Boston 2009).
- Crouch, Colin, Postdemokratie (Frankfurt 2008).
- Day, Lincoln H., Social Consequences of Zero Economic Growth, in: Weintraub et al. (Hrsg.) (1974) 116-140.
- Die Zeit, Noch zwanzig Jahre deutscher Wald? (7.1.1983).
- Enquete-Kommission (2012). [online am 11.11.2012:] <http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/index.jsp>.
- European Statistical System, Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development, Final Report (2011).
- Frey, Bruno, Umweltökonomie (Göttingen 1972).
- Global 2000 Report to the President. The Government Printing Office (Washington D.C. 1980; deutsche Übersetzung Frankfurt 1980).
- Global Footprint Network, World Footprint, Do we fit on the planet? (2012). [online am 11.11.2012:] http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/world_footprint/
- GPIAtlantic, The Genuine Progress Index (2012). [online am 11.11.2012:] <http://www.gpiatlantic.org/gpi.htm>
- Herfindahl, O.C.; Kneese, A.K., Measuring Social and Economic Change: Benefits and Costs of Environmental Pollution, in: Moss (Hrsg.) (1973) 439-508.
- Heilbroner, Robert L., An inquiry into the human prospect, deutsche Übersetzung: Die Zukunft der Menschheit (Frankfurt 1976).
- Heller, Walter, Coming to Terms with Growth and Environment, in: Schurr (Hrsg.) (1973).
- Juster, Thomas F. (Hrsg.), The distribution of economic well-being (= paper presented at the Conference on the Distribution of Economic Well-Being, held at the University of Michigan on May 15-17, 1974; Cambridge, MA, 1977).
- Kapp, Karl William, Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft (Tübingen 1958).
- Layard, Richard, Die glückliche Gesellschaft (Frankfurt/Main 2005).
- Matzner, Egon, Gesellschaftliche Folgen und Bedingungen eines gedrosselten Wirtschaftswachstums, in: Wirtschaft und Gesellschaft 2 (1975) 37-50.
- Meadows, Dennis (Hrsg.), Die Grenzen des Wachstums (Stuttgart 1972).
- Mishan, Edward Joshua, The costs of economic growth (Harmondsworth 1969).
- Mishan, Edward J., Growth and Antigrowth: What are the Issues?, in: Weintraub et al. (Hrsg.) (1974) 63-87.
- Morgenstern, Oskar, Descriptive, Predictive and Normative Theory, in: Kyklos IV (1972) 699-714.
- Moss, Milton (Hrsg.), The Measurement of Economic and Social Performance (= Studies in Income and Wealth 38, Cambridge MA 1973).
- Myrdal, Gunnar, Against the Stream, Critical Essays on Economics (New York 1973).
- Nordhaus, William; Tobin, James, Is Growth Obsolete? (= Economic Research Retrospect and Prospect Vol 5, New York 1972).
- Nowotny, Ewald, Wirtschaftspolitik und Umweltschutz (Freiburg im Breisgau 1974).
- OECD, Statistics, Knowledge and Policy: OECD World Forum on Key Indicators (2004). [online am 11.11.2012:] http://www.wikiprogress.org/images//1st_world_forum_highlights.pdf.

- Oltmans, Willem L., „Die Grenzen des Wachstums“ pro und contra (Reinbek bei Hamburg 1974).
- Ostleitner, Herbert, Wachstum und gesellschaftliche Stabilität, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 1 (1975) 15-32.
- Pigou Arthur, *The Economics of Welfare* (London 1932).
- Polanyi, Karl, *The great transformation* (Wien 1977).
- Prager, Theodor, Zu Matzners Wachstums-Szenario, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 4 (1975) 73-77.
- Rothschild, Kurt, Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik, in: *Wirtschaft und Politik* (= Informationen zur Politischen Bildung 33, Innsbruck/Wien/Bozen 2010) 5-11.
- Rosner, Peter; Winckler, Georg, Ansätze des Entwicklungskeptizismus in den Wissenschaften – Wirtschaftswissenschaft, in: Chaloupek, Lamel (Hrsg.) (1983).
- Rossmann, Bruno, Die neue europäische Steuerungsarchitektur – „More oft he same“ statt Paradigmenwechsel, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 3 (2011) 233-268.
- Samuelson, Paul A., (Beitrag) in Oltmans (1974) 40-43.
- Schettkat, Ronald, Abkehr vom Marktfetisch – Neues ökonomisches Denken (2012). [online am 30.7.2012:] <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09179.pdf>.
- Schurr, Samuel H. (Hrsg.), *Energy, economic growth, and the environment* (Conference held at Washington, D.C., April 20-21, 1971; Baltimore 1973).
- Sharpe, Andrew, *A Survey of Indicators of Economic and Social Well-being* (Ottawa 2012).
- Solow, Robert M., Is the End of the World at Hand?, in: Weintraub et al. (Hrsg.) (1974) 39-61.
- Steurer, Reinhard, Die Wachstumskontroverse als Endlosschleife: Themen und Paradigmen im Rückblick, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 4 (2010) 423-435.
- Stiglitz, Joseph; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean-Paul, Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (www.stiglitz-sen-fitoussi.fr 2009).
- Stockhammer, Engelbert; Hochreiter, Harald; Obermayer, Bernhard; Steiner, Klaus, TheLSEW as an Alternative to GDP in Measuring Economic Welfare, in: *Ecological Economics* 21 (1997) 19-37.
- Szecs, Maria, Zur Frage des gedrosselten Wachstums, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 3 (1975) 113-116.
- Szecs, Maria, Noch einmal zum „gedrosselten Wachstum“, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (1976) 86f.
- Taylor, Timothy, Robert Kennedy on Shortcomings of GDP in 1968 (2012). [online am 11.11.2012:] <http://conversableeconomist.blogspot.co.at/2012/01/robert-kennedy-on-shortcomings-of-gdp.html>.
- Teufelsbauer, Werner, Gedrosseltes Wachstum: Weg in die Knechtschaft?, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 3 (1975) 103-111.
- UNDP, *Human Development Report 1990* (New York 1990).
- United Nations Statistical Commission, *Towards a System of Social and Demographic Statistics* (= Studies in Methods Series F, 18, New York 1975).
- United Nations Statistical Commission, *Report of the Sixteenth Session* (New York 1970).
- United Nations Statistical Commission, *Report of the Fifteenth Session* (New York 1968).
- United Nations Statistical Commission, *Report to the Economic and Social Council on the tenth session of the Commission* (New York 1958).
- United Nations, *Yearbook of the United Nations* (New York 1954).
- Wagner, Christoph, Amartya Sen: Entwicklung als Freiheit – Demokratie gegen Hunger, in: *E&Z* 4 (2000) 116-119.
- Walpen, Bernhard, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft* (Hamburg 2004).

Weintraub, Andrew; Schwartz, E.; Aronson, J.R. (Hrsg.), *The economic growth controversy* (London 1974).

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, welche Parallelen und Unterschiede die neu entflammte Debatte über Grenzen, Sinnhaftigkeit und den wirtschaftspolitischen Stellenwert von Wirtschaftswachstum mit ähnlichen Kontroversen zu Beginn der 1970er-Jahre aufweist. Zunächst untersuchen wir, wie die ökologische Frage in der Ökonomie diskutiert wurde sowie welche Vorschläge es zu einer Neujustierung des BIP bzw. seine Ergänzung um Wohlfahrts- und Umweltindikatoren gab. Danach widmen wir uns den Fragen, welche bleibenden Ergebnisse die Wachstumskontroverse hinterlassen hat und warum sich die großen Erwartungen von vor 40 Jahren nicht erfüllten.

Wir kommen zu dem Schluss, dass insbesondere aufgrund der Ähnlichkeit des Diskurses bei rückblickend bescheidenen Ergebnissen auch bei der Neuauflage kaum bedeutende Fortschritte zu erwarten sind. Zentrale Fragen sind weiterhin ungelöst, etwa wie Wachstum in einer Demokratie gezielt politisch gedrosselt oder wie der zentrale Stellenwert des Indikators „Wirtschaftswachstum“ zugunsten einer breiteren Wohlstandsmessung tatsächlich zurückgedrängt werden kann. Für größeren Fortschritt als in den 1970er-Jahren spricht die in der gegenwärtigen Krise wachsende Unzufriedenheit mit der Ökonomie, die diesmal zu einem wirkungsvolleren und länger anhaltenden Druck zur stärkeren Berücksichtigung gesellschaftlicher Ziele in der Wirtschaftspolitik führen könnte. Zudem könnten die nunmehrige Bündelung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte zu einer umfassenden Wohlstandsperspektive, die gestiegene Bedeutung von Faktenbasierung der Politik, eine stärkere Verankerung des Diskurses in der Wissenschaft sowie der technische Fortschritt in der Datenverarbeitung und -aufbereitung heutzutage bessere Ergebnisse bewirken.